

Christine Schickert \*

## Ein lokaler Green New Deal?

### Überlegungen zu möglichen regionalen Ansätzen einer sozial-ökologischen Transformation

**Zusammenfassung:** Der Artikel skizziert Gründe, die dafür sprechen, einen Green New Deal als mögliche Antwort auf die ökologische Krise nicht nur national bzw. supranational zu denken. Vielmehr müssen solche Entwürfe um regional gedachte Konzepte ergänzt werden. Der Beitrag beleuchtet schlaglichtartig bestehende Hürden für eine regionalisierte Ausrichtung. Abschließend benennt er mögliche Ansatzpunkte und Handlungsfelder.

**Schlagwörter:** Ökologische Krise, Green New Deal, sozial-ökologische Transformation

#### A Local Green New Deal?

##### Reflections on a possible regional approach to a socio-ecological transformation

**Abstract:** The article outlines reasons for developing regional concepts for a Green New Deal. As a possible answer to the ecological crisis, it could complement national or even supranational plans. The text highlights existing obstacles to a regionalized approach. Finally, it identifies possible starting points and fields of action.

**Keywords:** Ecological crisis, Green New Deal, socio-ecological transformation

Wenn sie ökologische und soziale Gerechtigkeit umfassend zusammendenken, könn(t)en linke Green-New-Deal-Konzepte eine große gesellschaftliche Erzählung der Transformation entwickeln, deren Mangel immer

wieder beklagt wird. Gerade in den USA und Großbritannien wird dies aktuell versucht (vgl. Data for Progress 2018; Aronoff u.a. 2019; Klein 2019). Erste Versuche entstehen inzwischen auch auf linker Seite im deutschsprachigen Raum (vgl. Politische Ökologie 2019; Riexinger 2020). Solche Erzählungen weisen jedoch regelmäßig ein entscheidendes Manko auf: Oftmals haben sie den Charakter eines Manifests mit großen, aber abstrakt wirkenden Ideen. Nur selten

---

\* **Christine Schickert** war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kollegforschungsgruppe Postwachstumsgesellschaften (Jena) und arbeitet aktuell im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

weisen sie auf konkrete und damit notwendigerweise kleinteiligere Wege zum gesteckten Ziel hin. Diese Ideen werden mit eigenen Lebensrealitäten abgeglichen und aufgrund der schieren Größe der angestrebten Veränderungen kann nur schwer ein Weg dahin ausgemacht werden. Oder wie Aaron Vansintjan mit Blick auf die Green-New-Deal-Konzepte im englischsprachigen Raum schreibt: »Für die meisten Menschen ist der Green New Deal mit seinen Versprechen einer Gesundheitsversorgung für alle, einer grünen Ökonomie, bezahlbarem und nachhaltigem Wohnen, umfassender Kinderbetreuung und demokratischer Kontrolle am Arbeitsplatz – Dinge, die sie noch nie erfahren haben – so dermaßen utopisch, dass er einfach unrealistisch erscheint« (Vansintjan 2020, Übers.: C.S.).

Wenn diese Einschätzung stimmt, ist eine entscheidende Hürde für eine sozial-ökologische Transformation nicht so sehr, dass Ideen und Maßnahmen fehlen, die es ermöglichen, der ökologischen Krise wirksam und gleichzeitig sozial gerecht zu begegnen, sondern eher die mangelnde Überzeugung, dass Veränderungen dieses Ausmaßes umsetzbar sind. Dabei könnte die oben zitierte Bewertung eines Green New Deal als wünschenswert, aber unrealistisch, nicht nur ein durchaus zentrales Hemmnis für eine aussichtsreiche Mobilisierung gesellschaftlicher Mehrheiten sein, sondern auch eine Hürde dafür, dass die Regierenden einen klaren politischen Willen entwickeln, einen Green New Deal zu realisieren.

Um diesem Problem zu begegnen, könnten Green-New-Deal-Konzepte kleinteiliger ausbuchstabiert werden.

Alternativ könnten regional eigenständige Konzepte entworfen werden, die in den großen Themen (Energiewende, Verkehrswende, Arbeit, Wirtschaft, soziale Sicherheit etc.) deren lokale Umsetzung suchen und Veränderungen so erfahrbarer machen. Ein solches Konzept müsste zwangsläufig kleinteiliger gedacht werden. Dabei geht es nicht um einen Ersatz eines national (oder darüber hinaus) gedachten Green New Deal, sondern um eine eigenständige Ergänzung, die reflektiert, dass vieles im täglichen Leben der Menschen lokal stattfindet – Wohnen, Arbeit, Mobilität, Kinderbetreuung, Bildung – und sich dort gestalten lässt.

## Landes- und Kommunalpolitik

Auf den Ebenen der Bundesländer werden eigenständige politische Vorgaben, Ziele und Umsetzungsstrategien formuliert. Diese werden zum einen über Gesetze und Verordnungen, zum anderen über Förderprogramme, Modellvorhaben und -projekte umgesetzt. Deshalb stellen auch sie eine Ebene für eine eigenständige Politik zur Bekämpfung der ökologischen Krise dar. Die Landespolitik verfügt über ausreichend politischen, gesetzgeberischen und finanziellen Gestaltungsspielraum, um einen sozial-ökologischen Wandel voranzutreiben. Sie ist gleichzeitig eng genug mit lokalen Prozessen verbunden, um auf diese im direkten Austausch gestaltend einzuwirken. Diesen direkten Austausch und die damit einhergehende lokalpolitische Verankerung braucht ein regionaler Green New Deal aus mindestens zwei Gründen: Zum einen werden viele Konflikte um

Veränderung lokal ausgetragen. Zum anderen müssen die Machbarkeit der anstehenden Veränderungen »erlebbar« werden. Dazu braucht es zu den lokalen Gegebenheiten passende Lösungen, die nur in enger Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort zu finden sind. Idealerweise verhindern die notwendigen lokalen Prozesse der Auseinandersetzung und Aushandlung zudem, dass der Eindruck entsteht, es ginge um die Umsetzung eines in sich geschlossenen Gesellschaftsmodells »von oben«.

### **Mobilisierung: Parlamentarische Politik und Aktivismus verbinden**

Für einen regional eigenständigen Green New Deal spricht deshalb auch, dass er, wenn er gezielt Politiken basierend auf regionalen und lokalen Gegebenheiten entwickelt, leichter in der Lage ist, Engagement vor Ort zu entfachen. Eine Entwicklung, die, wie Steffen Lehndorff (2020; vgl. auch Lehndorff in diesem Heft) in seinem Buch zum historischen New Deal darlegt, schon damals zu beobachten war. Es war den New Dealer:innen klar, dass die konkrete Umsetzung gesellschaftlicher Großprojekte nur in Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen erfolgreich sein konnte und diesen ausreichend Freiheit in der Ausgestaltung bleiben musste. Es wurde zur damaligen Zeit als ein »Experiment der Verankerung von Aktivitäten der Bundesregierung in Basis-Initiativen« (ebd.: 44) beschrieben. Mit der damit einhergehenden Aufwertung des Regionalen und der Rolle lokaler Politik und Politiker:innen wurden Veränderungen vor Ort als eigenes

Projekt angenommen und engagiert in Gang gebracht.

Das zeigt sich auch in Forschungen zur Akzeptanz von erneuerbaren Energien: lokale Akzeptanz wächst durch lokale Prozesse. Widerstand schwindet, wenn Menschen sich informiert fühlen, aktiv eingebunden werden, mitgestalten und sich mit Projekten identifizieren können (Local Energy Consulting 2020; Hübner u.a. 2020).

Darüber hinaus kann ein regional gedachter Green New Deal sehr viel besser an bestehende gesellschaftliche Auseinandersetzungen und das konkrete Ausprobieren anderer Lebensentwürfe vor Ort anknüpfen und so gesellschaftliche Unterstützung für die Umsetzung gewinnen. In den letzten Jahren hat sich die Anzahl lokaler Initiativen für sozial-ökologischen Wandel vervielfacht. Engagement im persönlichen Nahraum hat an Bedeutung gewonnen. Auch Initiativen mit überregionaler Organisation (z.B. Fridays for Future, Recht auf Stadt, Critical Mass) verbinden in ihren Auseinandersetzungen »große« politische Ziele zunehmend mit konkretem Engagement in lokalen Veränderungsprozessen. Menschen probieren lokal aus, wie man ökologischer und solidarischer miteinander leben, arbeiten und wohnen kann, wie eine andere Mobilität möglich wird und Geschlechterverhältnisse gerechter gestaltet werden können. Manchmal als kleinteilig und nicht »skalierbar« verlacht, sind zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse ein wichtiger Impuls im Prozess der Veränderung, wie Lehndorff ebenfalls im Rückgriff auf den historischen New Deal analysiert: Die für die USA der 1930er Jahre radikalen Gesetzgebungen zu sozi-

aler Sicherheit und Arbeitsregulierung entstanden aus einem Wechselspiel zwischen einander ver- und bestärkenden Kräften – von gesellschaftlichen Bewegungen einerseits und (partei)politischen Akteur:innen andererseits. Es brauchte den Druck von »der Straße«, um signifikante Veränderungen zu erreichen, gleichzeitig war es die Unterstützung durch die Regierenden, die es außerparlamentarischen Akteur:innen ermöglichte, sich erfolgreich zu organisieren (Lehndorff 2020: 61).

Dabei geht es nicht darum anzunehmen, dass lokale Initiativen allumfassende Antworten auf die Frage einer zukünftigen sozial-ökologischen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft liefern, sondern darum, Verbindungen zwischen parlamentarischer Politik und außerparlamentarischem Aktivismus zu schaffen, die sich bestenfalls gegenseitig in ihrem Handeln bestärken. So können einerseits breit organisiert und wahrnehmbar Veränderungen von den politisch Verantwortlichen eingefordert werden und diese andererseits gesellschaftlichen Rückhalt und Unterstützung für die Auseinandersetzungen um eben diese Veränderungen erfahren.

### **Linke politische Mehrheiten, mangelnde Initiativen?**

Für einen regional gedachten Green New Deal spricht auch die politische Situation in Deutschland. Während auf nationaler Ebene seit fast 16 Jahren die CDU mit Angela Merkel die Bundesregierung führt, haben sich in den vergangenen Jahren in mehreren Bundesländern (Berlin, Bremen, Thüringen) rot-rot-

grüne Landesregierungen gebildet, die dafür prädestiniert sind, einen Green New Deal, der Gerechtigkeitsfragen – ökologische wie soziale – ins Zentrum stellt, zu entwickeln und umzusetzen.

Es spricht also einiges dafür, Landespolitik als Antwort auf die ökologische Krise unter dem Dach eines Green New Deal zu vereinen. Warum aber lässt sich selbst dort, wo rot-rot-grüne Regierungen im Amt sind, so wenig Bereitschaft erkennen, einen sozial-ökologischen Umbau als umfassendes, kohärentes Großprojekt gemeinsam anzugehen?

Eine Hürde mag dabei das Maß an Konfliktfähigkeit sein, das ein solches Projekt zur Durchsetzung bräuchte: Je konkreter Vorschläge und Maßnahmen sind, desto konkreter werden auch Interessenkonflikte. Viele linke GND-Konzepte versuchen, den Green New Deal in erster Linie als etwas darzustellen, von dem die große Mehrheit der Bevölkerung profitiert. Wenig thematisiert wird, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander in Spannung stehen können, dass es zu Zielkonflikten kommt und dass eine adäquate Antwort auf die ökologische Krise die Veränderungsbereitschaft von vielen notwendig machen wird. Dort, wo anerkannt wird, dass es sich um tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen handelt, bei denen harte Konflikte entstehen werden, werden diese tendenziell einseitig als Frontstellung zwischen einer ökonomischen Elite, die vom aktuellen System der Naturausbeutung profitiert, und der Mehrheit der Bevölkerung beschrieben. Auch wenn die wichtige Rolle der Reichsten und Mächtigsten bei der Abwehr von Veränderung unbestreitbar ist, so ist doch heute schon deutlich, dass die Interes-

senskonstellationen in den Auseinandersetzungen sehr viel komplexer sind: sei es bei den Kohleprotesten, wo sich einerseits Klimaaktivist:innen für ein Ende der Kohleverstromung einsetzen und sich andererseits Arbeiter:innen und Gewerkschaften gegen den Verlust von Arbeitsplätzen wehren, sei es in den Auseinandersetzungen um Windkraftanlagen besonders im ländlichen Raum, wo Bewohner:innen diese als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität empfinden, oder sei es in den Kämpfen um den Neubau von Autobahnen, von denen sich Anwohner:innen von Bundesstraßen Entlastung vom Fernverkehr und den ihn begleitenden Lärm- und Verschmutzungsproblemen erhoffen, während Umweltschützer:innen auf die Wichtigkeit der Wälder hinweisen und dafür kämpfen, dass diese erhalten bleiben.

In diesen Konflikten Positionen und Lösungen zu entwickeln, die sowohl ökologische als auch soziale Gerechtigkeit berücksichtigen, ist ohne Frage schwierig. Diese dann noch erfolgreich zu vermitteln, ist eine weitere Herausforderung. Mit Blick auf Wahlergebnisse ist es dann oft erfolversprechender, sich auf die jeweiligen inhaltlichen Präferenzen der eigenen Wähler:innen zu fokussieren und entweder ökologischen oder sozialen Notwendigkeiten weniger Bedeutung beizumessen statt (potenzielle) Wähler:innen mit möglicherweise als »Zumutung« empfundenen Veränderungserfordernissen zu konfrontieren und damit Stimmen zu riskieren.

Wenn es außerdem bei einem Green New Deal, wie Lehndorff (2020: 82, Herv. i. O.) formuliert, »zunächst darum [geht], eine machtvolle gesell-

schaftliche Reformdynamik überhaupt *in Gang zu bringen*«, dann müssen Politiker:innen dieses »In-Gang-Bringen« viel stärker zu ihrem Anliegen machen. Es wäre notwendig, deutlich mehr Zeit in Bündnisarbeit hinein in den außerparlamentarischen Raum und in Beteiligungsprozesse zu investieren. Die Verbindung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit eröffnet die Möglichkeit für breitere Bündnisse u.a. mit Klima- und Umweltaktivist:innen sowie Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterinitiativen. Wenn es dabei aber nicht nur um Meinungs austausch, sondern darum gehen soll, gemeinsame Wege für eine sozial-ökologische Transformation zu finden, dann müssen andere Arten der Beteiligung und Auseinandersetzung in Form von zeitintensiven und mit Sicherheit konfliktvollen Demokratisierungsprozessen angeschoben werden.

Des Weiteren müssten soziale und ökonomische Rahmenbedingungen genauer in den Blick genommen werden, sollen adäquate Vorschläge zur Lösung der ökologischen Krise umgesetzt werden. Dafür wäre es notwendig, die ökologische Krise der engen Zuständigkeit bestimmter Ministerien und Behörden zu entreißen und das Thema in einen breiteren Politikzusammenhang zu stellen, der den Gestaltungsspielraum in andere Politikfelder über einen eng definierten Umwelt- und Klimaschutz hinaus erweitert (Brand 2020: 89). Hier liegt eine weitere Herausforderung: Diese Notwendigkeit steht der Verwaltungslogik entgegen, entlang spezifischer, in den meisten Themenbereichen klar getrennter Zuständigkeiten zu agieren. Diese nicht nur punktuell und formal zu überwinden, wird viel Mühe kosten.

## Die Herausforderung annehmen

In Anbetracht der weitreichenden Veränderungen, die die Umsetzung eines wirksamen Green New Deal auch der Politik abfordern würde, ist zögerliches Handeln durchaus verständlich. Aber die Argumente, die dafür sprechen, soziale und ökologische Politik im Rahmen eines kohärenten Großkonzepts zu verbinden, liegen auf der Hand: sich der Einsicht zu verweigern, was ökologisch notwendig ist, mag zwar maximal kurzfristige Zeitgewinne mit sich bringen, führt aber mit dem Fortschreiten des Klimawandels absehbar zu ungleich größeren Schwierigkeiten und deutlich eingeschränkten Gestaltungsoptionen. Dem notwendigen ökologischen Wandel lässt sich dabei offener begegnen, wenn man keine Angst um die eigene soziale Absicherung haben muss. Dennis Eversberg zeigt in seiner Analyse sozial-ökologischer Einstellungsmuster der deutschen Bevölkerung, dass Menschen, die dauerhaft marginalisiert leben, systematisch zur Ablehnung und Verweigerung von Veränderungen tendieren (Eversberg 2020: 95). Gleichzeitig verunsichern radikale Umbrüche und die Angst vor Statusverlust viele Menschen und veranlassen sie dazu, am Bestehenden festzuhalten (Dörre 2019: 27).

Andererseits legen Umfragen wiederholt nahe, dass eine stabile Mehrheit in Deutschland weiß, dass dem Klimawandel politisch begegnet werden muss und dies auch unterstützt. Hierfür aber – das legen Ergebnisse der Akzeptanzforschung nahe – ist neben aktiver Einbeziehung und dem Offenhalten von Gestaltungsspielräumen ebenfalls wich-

tig, dass Maßnahmen und Politiken als gerecht empfunden werden (vgl. Local Energy Consulting 2020; Hübner u.a. 2020). Vor diesem Hintergrund wäre es wichtig, wenn GND-Konzepte auch auf Ebene der Bundesländer zentrale Handlungsfelder definieren und bewusst in der Umsetzung und der Kommunikation ökologische und soziale Fragen verknüpfen. Einige Beispiele dazu:

(1) Der Ausbau erneuerbarer Energien, der in den letzten Jahren auch aufgrund lokalen Widerstands besonders im Bereich Windenergie nachgelassen hat, ließe sich intensiver mit kollektiven Eigentumsfragen und Debatten um die Kosten-Nutzen-Verteilung verbinden. Die Akzeptanz erneuerbarer Energien steigt entscheidend, wenn nicht einzelne, sondern ganze Gemeinschaften davon direkt profitieren (Hübner u.a. 2020). Das kann die gezielte Stärkung von Bürgerenergieprojekten sein, sollte aber auch Vorhaben umfassen, die nicht von der Fähigkeit zur finanziellen Beteiligung Einzelner abhängen. Anlagen in kommunalem Eigentum wären eine Möglichkeit, dies zu erreichen. Gemeinden könnten an den Gewinnen beteiligt werden, wie inzwischen auch in der Fortschreibung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ansatzweise angedacht. Erträge könnten so in die Gemeindehaushalte fließen und in Kitas, Parks, Gemeindetreffpunkte oder Bibliotheken investiert werden und/oder den Strom für alle Bewohner:innen verbilligen. Wichtige Impulse finden sich hier bereits in den Überlegungen zur Energiedemokratie (Weis u.a. 2015).

(2) Besonders im Verkehrsbereich müssen künftig massiv Treibhausgasemissionen eingespart werden. Die Mo-

bilität der Zukunft mit umweltfreundlicheren und vor allem weniger Autos wird aber nur gelingen, wenn sie diejenigen überzeugt, die aktuell auf Autos angewiesen sind, um Lohnarbeit, Familie, Einkauf und Freizeit tagtäglich zu organisieren. Dazu braucht es mehr als die Elektrifizierung von ÖPNV-Flotten und ICE-Verbindungen. In innovativen Modellprojekten sollte, ausgehend von den Bedürfnissen derer, die zum Umstieg bewegt werden sollen, erprobt werden, wie flexible Mobilität ohne (eigenes) Auto im Alltag auch außerhalb von Großstädten praktisch möglich ist.

(3) Auch im Bereich der Beheizung von Gebäuden besteht Handlungsbedarf. Zentral ist dabei die Sanierung bestehender Gebäude. So geht das Wuppertal Institut davon aus, dass die energetische Sanierungsquote deutlich von aktuell einem Prozent auf jährlich vier Prozent gesteigert werden, dass Heizungsanlagen ausgetauscht und deutlich mehr erneuerbare Energien eingesetzt werden müssen (Wuppertal 2020: 19). Dazu existieren sowohl auf Bundes- als auch Landesebene bereits diverse Förderprogramme, die eine der Aufgabe angemessene finanzielle Ausstattung benötigen. Was es aber darüber hinaus braucht, ist eine konsequente Verknüpfung dieser Anstrengungen mit der Frage bezahlbaren Wohnraums in den Städten, um Mieter:innen die Angst vor weiteren Kostensteigerungen zu nehmen. Zudem sollte gemeinschaftliches Wohnen gefördert werden. Aber auch eine Auseinandersetzung um angemessene Wohnfläche muss offensiv geführt werden. In Thüringen ist beispielsweise

se trotz eines Bevölkerungsrückgangs um 17 Prozent seit 1990 die Wohnfläche um 23 Prozent gestiegen (Leipziger Institut für Energie 2018: 125 – Zahlen bis 2014).

(4) Wirtschafts- und Forschungsförderung, finanzielle Hilfen für Unternehmen und öffentliche Vergabe kann an ökologische und soziale Kriterien, etwa zur betrieblichen Mitbestimmung, gebunden werden. Das gilt sowohl für Unternehmen, die ökologischer produzieren müssen, als auch für neue grüne Unternehmen. Staatliche Wirtschaftsförderung muss außerdem dort lenkend eingreifen, wo Transformationsprozesse unausweichlich werden. Dies auch, um große Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Genossenschaftliche und öffentliche Eigentumsformen können ebenfalls gezielt unterstützt werden.

(5) Schließlich können im Zuge kommunaler Klimaschutzanstrengungen lokale Prozesse für Leitbilder angestoßen werden, bei denen miteinander diskutiert wird, wie man innerhalb der planetaren Grenzen gemeinsam leben möchte. Um sich dabei nicht im Abstrakten zu verlieren, sollten konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die zum Klimaschutz beitragen und das Zusammenleben in Stadt oder Dorf verbessern. Dabei kann man an bestehenden Prozessen wie »global nachhaltige Kommune« oder dem Agenda-21-Prozess anknüpfen und diese auf breiterer Basis weiterentwickeln. Über entsprechende Förderrichtlinien der Landespolitik lässt sich die Finanzierung sicherstellen.

Diese Vorschläge sind nicht neu, Ideen vieler Engagierter in Bewegungen, Initiativen und Wissenschaft gibt

es zuhauf, zum Teil werden sie schon umgesetzt, jedoch nicht zu einem umfassenden Konzept vereint. Während aber die Linke in Deutschland noch diskutiert, ob der Begriff des Green New Deal nicht bereits von rechts vereinbart wurde oder nur einem grünen Kapitalismus Vorschub leistet, und sich wahlweise mangelndes ökologisches Gewissen oder mangelhafte antikapitalistische Einstellungen vorwirft, wird auf marktliberaler und konservativer Seite Politik gemacht: Der Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums, wahrlich kein Hort des ökologischen Denkens, weist zum wiederholten Male Ökologie und Klima als dringendste Problem- und damit Handlungsfelder aus. Diese Hinweise wurden auf EU-Ebene aufgenommen: dort setzt Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin aus dem konservativen Lager auf einen Europäischen Grünen Deal, der den Weg zu einer grünen Modernisierung des Kapitalismus weist.

Es wird Zeit, eine kohärente linke Antwort nicht nur zu formulieren, sondern dort, wo es die parlamentarischen Mehrheiten ermöglichen, auch endlich auf den Weg zu bringen. Der historische Vorläufer des New Deal zeigt, dass aktives und nicht nur reaktives Regierungshandeln eine wichtige Rolle in diesem Prozess einnimmt, um ordnungspolitische und finanzielle Rahmenbedingungen zu setzen, aber auch um Akteur:innen zu stärken. Dabei lässt sich aus der Stärke der aktuellen Debatten im englischsprachigen Raum lernen: die enge Verzahnung von sozialen Bewegungen, Initiativen, parlamentarischer Politik und Publizistik ermöglicht gegenseitige Unterstützung

und Stärkung. Der klare Fokus auf ein breites Verständnis von Gerechtigkeit kann neue Gruppen für eine gemeinsame Auseinandersetzung erreichen. Gleichzeitig kann solidarische Kritik, auch das ist eine Lehre aus dem New Deal, ein Motor für die Weiterentwicklung politischer Positionen und ein Antrieb zum Handeln sein.

Auch wenn ein in deutschen Parlamenten beschlossener Green New Deal nicht den Kapitalismus abschafft, wird er, so er eine angemessene und gerechte Antwort auf die ökologische Krise sein will, enorme gemeinsame Anstrengungen erfordern. Aber so werden, frei nach Erik Olin Wright, Freiräume geschaffen, in denen Neues wachsen kann.

## Literatur

- Aronoff, Kate u.a. (2019): *A Planet to Win. Why We Need A Green New Deal*. London.
- Brand; Ulrich (2020): Sozial-ökologische Transformation. Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses. In: Ders.: *Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise*. Hamburg: 87-100.
- Data for Progress (2018): *A Green New Deal: A Progressive Vision for Environmental Sustainability and Economic Stability*. Report, September 2018. URL: <https://www.dataforprogress.org/>, Zugriff: 21.11.2020.
- Dörre, Klaus (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution. In: Dörre, Klaus u.a. (Hg.): *Great Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: 3-34.
- Eversberg, Dennis (2020): *Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und möglichen Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber bio-basierten Transformationen*, Working Paper Nr. 1, *Mentalitäten im Fluss (flumen)*,



- Jena. URL: <http://www.flumen.uni-jena.de>, Zugriff: 21.11.2020.
- Hübner, Gundula u.a. (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren Erneuerbarer Energien. BfN-Skripten 551. URL: <https://www.bfn.de>, Zugriff: 21.11.2020.
- Klein, Naomi (2019): On Fire: The (Burning) Case for a Green New Deal. New York.
- Lehndorff, Steffen (2020): New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre lernen können. Hamburg.
- Leipziger Institut für Energie (2018): Gutachten zur Vorbereitung einer Energie- und Klimaschutzstrategie für Thüringen. URL: <https://umwelt.thueringen.de/>, Zugriff: 11.1.2021.
- Local Energy Consulting (2020): Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende. Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik. Impuls im Auftrag von Agora Energiewende. URL: <https://static.agora-energiewende.de>, Zugriff: 20.11.2020.
- Politische Ökologie (2019): Green New Deal. Fassadenbegrünung oder neuer Gesellschaftsvertrag? Heft 159, Dezember 2019. München.
- Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Hamburg.
- Vantsintjan, Aaron (2020): Why the Green New Deal Needs Local Action to Succeed. URL: <https://www.greeneuropeanjournal.eu/>, Zugriff: 19.11.2020.
- Weis, Laura u.a. (2015): Energiedemokratie. Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieförderung. Studien 01/2015. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Wuppertal Institut (2020): CO2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Zentrale. Bericht. Wuppertal. URL: <https://epub.wuppertalinst.org/>, Zugriff: 19.11.2020.

Z.
ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**2020: Z. 124:** Kritik der Extremismustheorie **Z. 123:** Corona-Krise und Kapitalismus / Jugend und Politik / DDR

1989/99 – Sozialismus-Bilanz **Z. 122:** Engels 1820-2020 / Corona-Krise **Z. 121:** Strategiedebatten / Lateinamerika

**2019: Z. 120:** Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus **Z. 119:** Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 – das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen **Z. 118:** Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft - Neue Konfliktfelder / Kapitalismustheorie **Z. 117:** Kontrollverlust? Krise der Parteien und sozialer Protest

**2018: Z. 116:** Neue Klassendiskussion **Z. 115:** Von der Novemberrevolution zum „deutschen Oktober“ **Z. 114:** Klimakrise: Industriepolitik und Kapitalinteressen **Z. 113:** Marx 200: Arbeit und Ausbeutung

**Z.** erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten Einzelheft: 10 Euro. Abo: 35 Euro

**Bestellung:** [www.zme-net.de](http://www.zme-net.de), Postf. 7003346, 60553 Frankfurt/M., [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

Z.
ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Gesundheitssystem und Corona-Krise

Nr. 125, März 2021

*Gesundheitssystem und Corona-Krise*

Statements – Kampffeld Gesundheitswesen / Burkhardt – Gesundheitssystem in der Pandemiekrise / Gerlinger – Gesundheitspolitik zwischen Markt und Staat / Letza / Weinberg – Klassenkämpfe in der Krankenpflege / Michelsen / Holst – Global Health, COVID-19 und die Folgen

**Marx-Engels-Forschung**

Kräfte – Besondere Partnerschaft / Kuczynski – War Engels Marxist? / Lietz / Schwarz – Wert, Austausch und Neue Marx-Lektüre (I) / Krüger – Produktive und unproduktive Arbeit

Und: Lockdown-light? März-Kämpfe 1921; Lenin und Sozialismus-Theorie; Marchlewski-Brief; Digitalisierung; Fleischindustrie

Sowie: Kommentare – Zeitschriftenschau – Buchbesprechungen

Einzelheft 10,00 Euro